

Az.: (wird von der Behörde ausgefüllt)

Antrag auf Anerkennung von Kindererziehungszeiten von Haftopfern

nach § 11a Abs. 3 Berufliches Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG)

1. Allgemeine Angaben zur Person *		
Name, Vorname(n)	Geburtsdatum	
Geburtsname	Name zum Zeitpunkt der Schädigung	
Geburtsort, Kreis, Land		
Telefon	E-Mail Adresse	
Rentenversicherungsnummer		
Aktueller Wohnort oder ständiger Aufenthaltsort		
Straße/Haus-Nr.	PLZ	Ort

2. Haftzeit/Rehabilitierung/Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling				
Haftzeiten		strafrechtlicher Rehabilitierungsbeschluss/Kassationsentscheidung oder Bescheinigung gemäß § 10 Abs. 4 HHG		
vom	bis	ergangen durch/beantragt bei Gericht/Stelle	Aktenzeichen	Datum

Soweit Sie für weitere Zeiträume strafrechtlich rehabilitiert oder als Opfer eines politischen Gewahrsams im Sinne des § 10 Abs. 4 HHG anerkannt wurden, geben Sie dies auf einem gesonderten Blatt an.

3. Wohnsitz(e) vor der Inhaftierung

vom bis Anschrift

4. Angaben zu Kindern, die vor dem Beginn der Haftzeit noch nicht das 10. Lebensjahr vollendet haben

1. Kind

Familienname (zum Zeitpunkt der Geburt) Vorname Geburtsdatum ggf. Sterbedatum

Geburtsort Kreis

Anschrift des Kindes zum Zeitpunkt Ihrer Inhaftierung

Straße/Haus-Nr.

Postleitzahl Ort Kreis

Kindschaftsverhältnis

leibliches/adoptiertes Kind Stiefkind Pflegekind

2. Kind

Familienname (zum Zeitpunkt der Geburt) Vorname Geburtsdatum ggf. Sterbedatum

Geburtsort Kreis

Anschrift des Kindes zum Zeitpunkt Ihrer Inhaftierung

Straße/Haus-Nr.

Postleitzahl Ort Kreis

Kindschaftsverhältnis

leibliches/adoptiertes Kind Stiefkind Pflegekind

Daten zu weiteren Kindern geben Sie bitte auf einem gesonderten Blatt an.

5. Beweismittel

Legen Sie bitte zum Nachweis der Richtigkeit Ihrer Angaben folgende Dokumente vor:

- strafrechtlichen Rehabilitierungsbeschluss bzw. die Kassationsentscheidungen oder Bescheinigungen nach § 10 Abs. 4 HHG, soweit diese der Landesdirektion Sachsen nicht bereits vorliegen
- Ihr Familien- oder Stammbuch hilfsweise die Geburtsurkunden der unter 4. angeführten Kinder
- Bescheid(e) Ihres Rentenversicherungsträgers über die Berücksichtigung von Kindererziehungs- bzw. Kinderberücksichtigungszeiten, soweit vorhanden
- für den Fall der Berücksichtigung eines Stiefkindes: Ihre Eheurkunde und eine Bescheinigung der Meldebehörde über die Aufnahme des Kindes in Ihren Haushalt
- für den Fall der Berücksichtigung eines Pflegekindes: den Nachweis des Referates Jugendhilfe vom Rat des Kreises/der Stadt der ehemaligen DDR über das auf Dauer angelegte Pflegeverhältnis.

6. Ausschließungsgründe *

Die folgenden Angaben zu den Ausschließungsgründen sind freiwillig. Sie dienen der Vereinfachung des Verfahrens bei der Behörde. Ohne die Prüfung der Ausschließungsgründe kann diese keine Entscheidung treffen.

a) Waren Sie im Beitrittsgebiet als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter oder auf vergleichbare Weise für die Staatssicherheit oder das Arbeitsgebiet 1 der Kriminalpolizei der Volkspolizei tätig?	Ja	Nein
(Falls Ja, bitte ausführliche Angaben über Art und Zeitraum auf gesondertem Blatt.)		

b) Waren Sie in der Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 2. Oktober 1990 im Beitrittsgebiet im Staatsapparat, in der SED oder in den Blockparteien in leitender Funktion oder in Funktionen mit Entscheidungsbefugnis tätig?	Ja	Nein
(Falls Ja, bitte ausführliche Angaben über Art und Zeitraum auf gesondertem Blatt.)		

7. Vorverfahren

Haben Sie bereits Anträge zur Rehabilitierung und Entschädigung gestellt?	Ja	Nein
Falls Ja:		
Aktenzeichen	Gericht/Behörde	

8. Erklärungen

Ich bin damit einverstanden, dass die Landesdirektion Sachsen bei anderen Behörden und Stellen weitere Auskünfte einholt, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind.

Das Einverständnis gilt für das mit dem Antrag eingeleitete Verwaltungsverfahren und für ein evtl. anschließendes Widerspruchsverfahren.

Ja Nein

Hinweis

Können aufgrund einer eingeschränkten oder fehlenden Einverständniserklärung Anspruchsvoraussetzungen nicht nachgewiesen werden, haben Sie die damit verbundenen nachteiligen Folgen zu tragen. Gegebenenfalls kann dem Antrag nicht stattgegeben werden.

Datum: * Ort: *

Unterschrift Antragsteller

Ich versichere nach bestem Wissen und Gewissen, dass ich nicht gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen, dem damaligen herrschenden politischen System keinen erheblichen Vorschub geleistet oder meine Stellung nicht in schwerwiegendem Maße zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht habe.

Mir ist außerdem bekannt, dass die Landesdirektion Sachsen den Bescheid zurücknehmen und die gewährten Leistungen zurückfordern kann, wenn ich unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht habe. Eine Berufung auf Vertrauensschutz ist in diesem Fall nicht möglich. Zudem kann dies ggf. eine strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen.

Datum: * Ort: *

Unterschrift Antragsteller

9. Datenschutzhinweis

Ihre Daten werden von der Landesdirektion Sachsen in Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß den geltenden Bestimmungen zum Datenschutz verarbeitet. Weitere Informationen über die Verarbeitung der Daten und Ihre Rechte bei der Verarbeitung der Daten finden Sie unter dem Link _____ sowie in den dort eingestellten Informationsblättern.

Datum: * Ort: *

Unterschrift Antragsteller